

Bank
Anstalt
Ulm

17. Mai 1921
Anzeige!

Anzeige.

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Widwe
Nagold

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Verkauf zu jedem Werk
Bekanntmachung
Königliche Postämter
als Postboten eingetrag.

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Nr. 113

Donnerstag den 19. Mai 1921

95. Jahrgang

Der Neckar—Donau-Kanal.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Redaktions-Veranstaltungen über den Redaktionsplan haben zu einer Einigung geführt, und die Aktien-Gesellschaft, die den Bau des Kanals zunächst von Mannheim nach Balingen durchzuführen wird, soll Anfang Juni gegründet werden. Während im Januar das Projekt völlig gescheitert schien, entstanden ihm bald von zwei Seiten Schwierigkeiten. Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Lage machte es dem Reich unmöglich, die Kanalbauarbeiten neben den andern großen Wasserstraßen auf eigene Rechnung und Gefahr durchzuführen, so daß ihre Verwirklichung von den Beiträgen der beteiligten Länder und der Interessenten abhängig gemacht werden mußte. Und dazu traten Differenzen mit Baden. Bekanntlich sollten die Baukosten des Kanals aus dem Reichs- und dem Badener Staatshaushalt zu gleichen Teilen zu bestreiten sein, wobei die Reichsanteile durch die Verstaatlichung der Kanalarbeiten zu decken sind. Baden hat bisher die Wasserfrachten des Neckars überhaupt noch nicht verwertet, im Gegensatz zu Württemberg, das schon eine ganze Anzahl von Kraftwerken am Neckar besitzt, und außerdem ist die Wasserführung des Neckars auf badischem Gebiet weit reicher als auf württembergischem. Deshalb mehrte sich Baden dagegen, daß seine größeren Wasserkräfte zu den Kanalarbeiten genau so herangezogen werden sollten wie die Württembergischen, während Württemberg an dem Kanal viel stärker interessiert ist. Hatte Württemberg aber die Schiffahrtskosten auf seine Kraftwerke allein übernehmen müssen, so wäre die wirtschaftliche Lage so verrentet worden, daß sie nicht mehr abzufassen gewesen wäre. Diese Differenzen wurden auf drei Wegen beseitigt: Württemberg übernahm eine weit höhere Beteiligung an der Aufbringung der Baukosten als die beiden anderen Staaten Baden und Hessen. Sodann sollten die Schiffahrtskosten, die ursprünglich nur zur Deckung des Schiffahrtbetriebs dienen sollten, auch zu den Baukosten herangezogen werden. Auch das bedeutete eine höhere Belastung Württembergs als des am Oberlauf liegenden Gebietes. Das Reich erklärte sich bereit, 150 Millionen Mark des Staatsschatzes zu übernehmen, die durch Sachschätzungen gedeckt werden sollten. Schließlich einigte man sich auch über die Heranziehung der badischen Wasserkräfte zum Kanalbau auf Grund eines Verhältnismäßigkeitsprinzips, wonach das Reich und Württemberg auf die Verwertung ihres Aktienkapitals an den Kraftwerken verzichten und diese Aktien zu einem Ausgleichsfonds angeliefert werden, der eine Verbilligung des Strompreises ermöglichen soll, wenn mit der Verbilligung der Kohlenpreise und der Erleichterung der deutschen Warenausfuhr die Konkurrenzfähigkeit der Redaktionswerke gefördert würde. Eine weitere Konzession erhielt Baden bei den Wasserkräften am Oberlauf.

Nach dieser Verhandlung liegt die Hauptlast des Kanalbaus auf Württemberg und dem Reich, deren Beteiligung auschlaggebend beeinflusst wird von der Beteiligung, die die Industrie und die Gemeinden Württembergs aufbringen. Erleichterungswiese sind sich diese Interessenten ihrer Verantwortung auch bewußt, und es ist zu erwarten, daß sie die notwendigen Mittel zeichnen werden. Erforderlich sind insgesamt 1900 bis 2000 Millionen bei einer Dauer von 10 Jahren. Zunächst soll die Hälfte dieses Betrages durch Aktien und Obligationen aufgebracht werden, zu 300 Millionen durch Aktien und 600 Millionen durch Obligationen. Diese Obligationen werden erstens einmal durch die Garantie des Reiches und der drei Staaten für Vergütung u. Klärung, sodann durch die Kraftwerke, mit deren Ausbau zunächst begonnen werden soll. Wenn auch das öffentliche Kapital die Führung in der Beteiligung am Aktienkapital haben wird, so soll doch Leitung und Ausgestaltung der Aktien-Gesellschaft durchaus unparteiisch nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Was die Fortführung des Neckar-Kanals über Balingen nach Ulm anlangt, so ist sie naturgemäß abhängig von der Schiffahrtsmöglichkeit der oberen Donau von Reibheim bis Ulm. Hier besteht ja ein Interessengegensatz zwischen Baden und Württemberg. Baden verlangt vom Reich die Fertigstellung der Kanalarbeiten Mannheim—Nürnberg und „in angemeßener Frist“ die der Kanalarbeiten Nürnberg—Reibheim, bevor die obere Donau in den Besitz des Reiches übergehen soll. Württemberg fordert aber diesen Übergang ohne derartige Bedingungen, da die Gefahr besteht, daß die Strecke Nürnberg—Reibheim gebaut wird, bevor die Donau von Reibheim nach Ulm an das Reich übergeht und zur Schiffahrt ausgebaut wird. Es trägt sich bei diesem Verlangen darauf, daß die Donau bis Ulm internationalisiert ist und die Verwertung dieser Strecke nach außen schon jetzt Sache des Reiches ist. Auch die Rücksicht auf die Verbindung Ulm—Baden Lee widerspricht einer Bevorzugung der Strecke Nürnberg—Reibheim vor dem Ausbau der oberen Donau. Diese Frage wird zur Zeit noch eingehend diskutiert.

Die Anforderungen mit dem Redaktionsplan zusammenhängenden Fragen (Städtebauplan, Elektrizitätsversorgung, Heranziehung von Architekten und Künstlern usw.) sind noch in Schwärze. Die Ausführung des Städtebauplans hält man nicht eigentlich für eine Aufgabe des Staates, sondern man denkt daran, daß sich für Plan und Durchführung der Verwirklichung die Interessenten, vor allem die Gemeinden und Gemeindeverbände zu 3 oder 4 großen Gruppen zusammenschließen und diese einen gemeinsamen Plan aufstellen.

Ein französischer General über das deutsche Heer.

Im Rheinland Verlag erscheint (eben) die Uebersetzung der kleinen Schrift des ehemaligen französischen Generalstabchefs General Baucourt, „Die deutsche Armee im Weltkrieg“. Es handelt sich um das letzte und wichtigste Buch über die deutsche Armee während des Krieges aufgestellten Verbände und ihre Verteilung auf die einzelnen Kriegsschauplätze. Trotzdem (Jahres!) und doch ist das Buch von allgemeinem Interesse, denn diese Zahlen sprechen eine berebere Sprache. Außerdem ist aus der wertvollsten Schilderung tritt aus ihnen dem Leser die ganze Größe u. Tragik des deutschen Heldentums entgegen. Die unglückliche Vorbereitung im Anfang, die demütigend als alles andere die feindlichen Schuldbanklagen widerlegt. Obwohl eine schnelle Niederwerfung Frankreichs Voraussetzung für den Erfolg war und trotz größter Sparsamkeit im Osten (6. Jul. Div., 3. Inf. Div., 8. Inf. Div.) konnte Deutschland nicht einmal den Ardennenkrieg im Westen schaffen. Mit 77 Divisionen (ohne Landwehr) kämpfte es dort gegen 79 französische, 4 englische und einige belgische Divisionen. Und doch — es sind dies Quasi einige Worte — hätte Deutschland das gleiche Opfer gebracht wie Frankreich und alle Mannschaften bis zum 32. Lebensjahre eingesetzt, so hätte es 600 000 Mann mehr an den Schwenkungen kämpfen können. Dann war Frankreich erledigt, dann gab es kein Geld an der Westfront. Es folgten vier Jahre des verzweifeltsten Kampfes auf der inneren Linie gegen eine Welt von Feinden. Gewaltige Organisationsänderungen, mehr als 100 neue Divisionen aus der Erde gestampft, riesige Transporte durch ganz Mitteleuropa, Divisionen, die nach dem Westen, nach dem Osten, nach dem Süden eilen, um immer wieder aus der Eisenbahn heraus in neue schwere Kämpfe sich zu stürzen, neue Schläge auszuhalten. Neunmal wechselte das Alpenkorps den Kriegsschauplatz! 240 Divisionen stehen schließlich auf dem Schachbrett Ludenbogens.

Und schließlich, alle Kunst der Führung, aller Opfermut der Truppen ungenützt! Der Niedergang: Vom 18. Mai ab begannen die Aufstellungen von Verbänden, die Reserven schmelzen zusammen. Am 21. März verfügte die Oberste Heeresleitung noch über 84 Divisionen, am 11. November hat sie 21 und unvollständig sind an der Westfront die letzten Kräfte hingru. Mit 103 Divisionen Reserve in der Hand ist der französische Generalplanus bereit, am 14. November in Belgien dem völlig ermordeten Feldherrntrium die letzte Vollendung zu geben. Frankreich ist gerettet worden, das ist Quasi Schluß, weil es im Frieden seine Kräfte mehr ausnützte als Deutschland. So muß es bleiben. Die Verklärung der letzten Dichtung läßt sich nicht vermeiden. In den Reserven liegt die Stärke moderner Heere, und so müssen Gehege und Verordnungen darauf hingelen, daß ihnen ein schlagfertiges und wirksames Instrument zu schaffen.

Der belgisch-luxemburgische Wirtschaftsverband.

Wie die Antwerpener „Nation nationale“ meldet, ist der Vorentwurf eines Wirtschaftsvertrages zwischen Belgien und Luxemburg unterzeichnet worden. Ueber die getroffenen Regelungen wird vorerst lediglich mitgeteilt, daß sie, besonders hinsichtlich der finanziellen Fragen, zur Zufriedenheit der Luxemburger geist worden sind, aber nähere Einzelheiten werden nicht veröffentlicht. So erklärt man z. B. nicht, ob Belgien den Verlangen Luxemburgs entsprochen hat, und die 200 Millionen Vorkapital, die durch die deutsche Besetzung Luxemburgs im Lande verblieben sind, übernommen hat. Ist diese Bedingung von Belgien wirklich erfüllt worden, so würde dies zu bedeuten haben, daß Luxemburg sich einer sehr weitgehenden Forderung der Belgier unterworfen hat, wonach das gesamte luxemburgische Geld dem Verkehr entgegen und durch belgisches Geld ersetzt würde. Auch ist nichts Abweises bekannt über die Regelung der industriellen Fragen, in denen starke Gegensätze hervortreten, zumal die belgische Eisenindustrie die erfolgreiche Konkurrenz der Luxemburger Stätten auszuweichen sucht.

Der wichtigste Punkt aber betrifft die Verteilung der Eisenbahnkontrollen. Es war die Rede davon, die Südbahnen Frankreich, die Nordbahnen Belgien zuzuwenden. Man erklärt doch für die Bahnen eine Regelung vorerst nur im Prinzip gefunden worden ist, und daß für die endgültige Lösung dieser Angelegenheit, an der Frankreich ein begriffliches Interesse hat, zunächst einmal das Gutachten von luxemburgischen Techniken eingeholt werden soll. Das Wirtschaftskommenzieht darauf hin, aus beiden Ländern eine wirtschaftliche Einheit zu machen. Die Zollkontrolle zwischen beiden Ländern wird aufgehoben und nahezu völlige Handelsfreiheit für das Gebiet der belgisch-luxemburgischen Zollunion eingeführt. Belgien hat, wie es auf den ersten Blick scheint, mit dem Abschluß des Abkommens einen großen politischen Erfolg errungen. Die gegen Ende September in Luxemburg abgehaltene Volksversammlung hatte mit 60 133 Stimmen gegen 22 242 für den wirtschaftlichen Anschluss an Frankreich, statt an Belgien entschieden, worüber in Belgien eine große Empörung, nicht nur gegen Luxemburg, sondern auch gegen Frankreich losbrach. Frankreichs Politik ging nun darauf hinaus, den Belgiern, Luxemburg gegenüber, die Verhandlung zu

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Nachrichten sind daher von bestem Erfolg.
Der teile Berichte nach vorwärts durch den Oberamtsbezirk. — Nachrichten sind daher von bestem Erfolg.
Der teile Berichte nach vorwärts durch den Oberamtsbezirk. — Nachrichten sind daher von bestem Erfolg.

Telegraphen-Adresse:
Gefellschafter Nagold
Postfach 110
Nagold

lassen, dagegen aber Belgien, mit Hilfe eines Militärvertrages bereit an Frankreich zu liefern, daß die französische Einflusssphäre über Belgien hinweg sich auch auf Luxemburg erstreckt. Wir haben gesehen, daß Frankreichs Politik in dieser Hinsicht erfolgreich gewesen ist. Denn trotz des Widerstandes im Lande hatte die belgische Regierung entgegen den Interessen Belgiens, sich schweren Herzens darin finden müssen, die französische Gesamtpolitik bei den Sanktionen rückhaltlos mitzumachen. Der belgische Minister Van de Weyer hatte selbst erklärt, daß Belgien auf dem Wege sei zum Satelliten Frankreichs zu werden. Der große Erfolg der Vorkriegszeit beim Handelsvertrage des Wirtschaftsvertrages mit Luxemburg dürfte kaum mehr als ein Scheinbild sein.

Belgisch-luxemburgischer Wirtschaftsvertrag.

Brüssel, 18. Mai. (Agence Belge.) Gestern Nachmittag wurde im Ministerium des Innern der Wirtschaftsvertrag mit dem Großherzogtum Luxemburg geschlossen.

Kleine politische Nachrichten.

Rückgang des englischen Handels.

Der katastrophale Niedergang des englischen Handels infolge der fortgesetzten Arbeitslosigkeit wird durch folgende Zahlen illustriert: Der Wert der Einfuhr im April betrug 90 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr 68 Millionen. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das einen Rückgang der Einfuhr um 77 Millionen, der Ausfuhr um 46 Millionen. Da auch in den ersten Monaten dieses Jahres die Handelsbilanz sich dauernd verschlechtert hat, beträgt der Gesamtrückgang für die ersten 4 Monate im Vergleich mit den gleichen Monaten des Vorjahres über 299 Millionen für die Einfuhr und 114 Millionen Pfund Sterling für die Ausfuhr.

Friedensverhandlungen zwischen Irland und England?

London, 16. Mai. Der Sekretär des Valera erklärte, daß de Valera bereit sei, mit Lord George über die Verhandlungen für den Frieden zu sprechen, falls es sich bewähren sollte, daß Lord George geneigt sei, sich ohne Vorbehalt mit de Valera zu treffen.

Politischer Streik in Indien.

Paris, 17. Mai. Nach einer Savas Meldung aus Kalkutta haben ungefähr 3000 Arbeiter der Lee Plantage von Assam die Arbeitshände verlassen, um sich nach Mittel-Indien zurückzuziehen. Es handelt sich um einen politischen Streik. Die Arbeiter sollen von Agitatoren aufgehetzt sein.

Aufnahme des Achtstundentages in Belgien.

Brüssel, 18. Mai. (Savas.) Die Kammer nahm den Gesetzesentwurf an, durch den der Vertrag von London genehmigt wird. Der Senat nahm mit 83 gegen 5 Stimmen den Gesetzesentwurf betreffend den 8-Stundentag und die 48-Stundenwoche mit dem Zusatz an, daß der König die Fortsetzung der angegebenen oder vorgegebenen Beschränkung des vorliegenden Gesetzes im Falle eines Krieges (!) oder von Notlagen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit bedeuten, aufheben kann.

Das verdächtige Notgeld.

Berlin, 18. Mai. Nach einer Meldung des B.L.Z. wurde das von der Stadt Trier herausgegebene Notgeld von der zuständigen Behörde verboten; weil darauf ein Spruch Schillers zitiert war: „Aus Vaterland aus terre schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen“.

Woher die Streikbrecherhölle kommt.

Berlin, 18. Mai. Die in der deutschen und der ausländischen Presse häufig erwähnten Kohlen, die jetzt zur Linderung der durch den englischen Streik verursachten Kohlennot nach England gelangen, sind Kohlen, die Deutschland auf Grund der Span Abkommens an die Entente liefern muß und die von Frankreich und Belgien nach England verkauft werden, während direkte Verkäufe von deutschen Produzenten nach England nicht stattdessen haben.

Die planmäßige Vernichtung der deutschen Flugschiffindustrie.

Berlin, 17. Mai. Die Interalliierte Luftfahrtkontrollkommission hat unter dem 13. Mai an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der sie vor dem 18. Mai um Mitteilung derjenigen Maßnahmen bittet, die die deutsche Regierung ergreifen hat, um die Durchführung der Bestimmungen der alliierten Regierungen hinsichtlich des Luftschiffverkehrs zu sichern. Die Begriffsbestimmungen, die von den alliierten Mächten zur Unterscheidung der großen Luftschiffe von der in Art. 198 des Friedensvertrages unterlagenen Luftschiffahrt aufgestellt sind, sollen der deutschen Regierung binnen kurzem mitgeteilt werden. Als Anlage zu der Note ist ein Schriftstück beigefügt, wonach 1. die Nachforschungen nach verstedtem Material von der deutschen Regierung zu erleichtern und alle in Art. 202 vorgegebenen Mitteilungen vor dem 15. Mai 1921 zu beendigen sind, 2. die Fabrikation und Einfuhr von Luftschiffmaterial erst drei Monate nach

dem Tage wieder aufgenommen werden kann, an dem die Interalliierte Aufsichtskommission anerkannt haben wird, daß der Art. 202 vollständig ausgeführt worden ist. 3. Deutschland die für die Befriedung von Zeppelein verlangte Entschädigung leisten muß. 4. Deutschland vor dem 31. Mai 1921 25 Millionen Mark zahlen muß. 5. Deutschland die Entscheidung der Vorkonferenz vom 8. November 1920 befolgen muß, wonach die Verwendung von Flugzeugen seinen Volksgenossen unterstellt wird.

In der Antwort des Auswärtigen Amtes heißt es, die deutsche Regierung werde bemerkt sein, daß in Deutschland noch verstreute Luftfahrzeuggerätschaften mit größter Beschleunigung zu erfassen. Sie werde die Nachforschungen der Kontrollkommission nach solchem Bericht in jeder Weise erleichtern. Es würden in kürzester Zeit die geforderten Maßnahmen getroffen werden, um die Ausführung der Entscheidung von Douaumont über die Herstellung und Einfuhr von Luftfahrzeuggerätschaften zu beschleunigen. Die deutsche Regierung werde die für die Befriedung von Zeppelein geforderte Entschädigung leisten. Die deutschen Volksgenossen seien nicht im Besitz von Flugzeugen und würden auch in Zukunft nicht mit solchen ausgestattet werden. Die deutsche Regierung werde die Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt würden, um die gleiche Aufsicht von der im Art. 198 verbottene militärische Aufsicht zu unterscheiden.

Aus russischen Archiven.

Berlin. Die ungeheuerlichen Forderungen des Versailleser Friedensvertrages schrieben sich auf die Voraussetzung von der allseitigen Schuld Deutschlands am Kriege. Der Glaube an diese Schuld ist auch außerhalb Deutschlands längst nicht mehr so fest wie vor 2 Jahren, und er würde vollends erschüttert werden, wenn die Archive der Entente-Staaten mit derselben Bereitwilligkeit geöffnet würden, wie die deutschen. Was die russischen Archive an Material enthalten, als die Bolschewisten in ihren Besitz kamen, ist schon längst veröffentlicht worden, findet aber eine ungenügende Ergänzung durch Veröffentlichungen des Herrn H. v. Siebert, der in den Jahren 1908-1917 der russischen Botschaft in London als Botschaftssekretär angehört u. Gelegenheit erlangt hat, dort die Entwicklung der Weltkatastrophe von Anfang an zu verfolgen. Im März bereits hat die amerikanische Presse mit der Veröffentlichung des reichen Aktenmaterials begonnen, das Herr v. Siebert zur Verfügung gestellt hat. Er hat es jetzt in einem von der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger (Walter de Gruyter & Co.) herausgegebenen Bande von 327 Seiten in 8 Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch, spanisch, polnisch, japanisch) veröffentlicht. Die Sammlung umfaßt mehr als 800 diplomatische Aktenstücke, die alle wichtigen Fragen der letzten fünf Jahre vor dem Kriege behandeln; die bosnische Frage, die englische und französische Politik in Persien, ostafrikanische und indische Fragen, die Bagdadbahn, Marokko, Jüdische Siedlung im Orient, Tripolis, Balkankrieg und Londoner Vorkonferenz, die deutsche Mission in Konstantinopel, die russische Außenpolitik, die Beziehungen Deutschlands zu Rußland und England und das politische Verhältnis zwischen den Entente-Staaten. Der Herausgeber hat darauf verzichtet, auf Grund der Aktenstücke eine Geschichte dieser Jahre zu schreiben; er läßt die Aktenstücke selber reden und stellt an den Berechtigtesten der gesamten Kulturwelt die Frage, ob die Voraussetzungen des Versailleser Vertrages noch als zutreffend erklärt werden können.

Die deutsche Zahlung.

Berlin, 18. Mai. (Draht.) Eine Note der Reparationskommission schreibt vor, daß Deutschland innerhalb 25 Tagen nach Erhalt des vorliegenden Dokuments einen Betrag von 1 Milliarde Mark in Gold oder in von der Kommission genehmigten ausländischen Devisen oder in von der Kommission genehmigten ausländischen Wertpapieren oder in Dreimonatswechseln auf den deutschen Staatsbank mit dem Vorkurs deutscher genehmigter Banken zu zahlen hat. Diese Wechsel sind in Paris in Francs, in London in Pfund Sterling und in New-York in Dollars oder in jeder anderen Währung an jedem anderen Ort, den die Kommission genehmigt, zahlbar. Diese Zahlungen werden als zwei erste Vierteljahrsraten betrachtet & conto der vorhergehenden Zahlungen zur Erledigung der Forderungen; aus Art. 4 Absatz 1. In Uebereinstimmung mit diesem Artikel hat die deutsche Regierung der Reparationskommission als Abschlagszahlung eine Summe von ungefähr 150 Millionen Goldmark teilweise in Gold, teilweise in ausländischen Devisen zur Verfügung gestellt. Die Finanzabteilung der Reparationskommission trifft mit der Release-Kommission die nötigen Vorbereitungen für die Zahlung des Betrags.

Die Zahl der farbigen Truppen im Rheinland.

Es wird geschrieben: In der französischen Presse wird immer wieder behauptet, daß sich im Rheinland nur sehr wenig schwarze Truppen befinden. Es ist darum von Wert, einen kurzen Überblick zu geben, wo sich im besetzten Gebiet zurzeit schwarze Truppen befinden. In Wormsheim sind zwei Bataillone, in Ludwigshafen 2, in Mainz 1 Bataillon in Trier 2 Bataillone. Neuerdings stehen in Jülich 2 Bataillone Madagassen. Dazu treten 4 weitere Regimenter schwarzer Truppen, die in kleineren Abteilungen über das ganze besetzte Gebiet verstreut sind. Bei dieser Aufstellung sind die braunen Truppen nicht mit eingerechnet. Nach sehr vorläufiger Schätzung auf Grund amtlicher Feststellungen befinden sich z. B. mindestens 6 Regimenter Kolonialtruppen, Marokkaner und Tonkiner, im besetzten Gebiet. Fest steht, daß zum jetzigen Zeitpunkt wieder mehr denn je fremdrazige Truppen im besetzten Gebiet verwendet werden.

Verbote von Zeitchriften im besetzten Gebiet.

Roblen, 16. Mai. Die interalliierte Rheinlandskommission hat den Verbot der Zeitchriften Deutschlands Erneuerung und Wiederabdruck im besetzten rheinischen Gebiet für 3 Monate verboten.

Währer ohne Ende.

Berlin, 18. Mai. Wie der U. N. aus Mainz meldet, wurde Major Reichhoff, der Vorkurs des Aufstellungsamtes Mainz auf einem Besichtigungsgang von 2 franz. Offizieren in ungenügender Weise zur Rede gestellt. Reichhoff verwahrte sich gegen dieses Benehmen, daraufhin wurde er in seiner Wohnung verhaftet und ins Gefängnis verbracht.

Der Abmarsch der franz. Besetzung.

Berlin, 18. Mai. Wie die Blätter aus Essen melden, werden die aus dem Kreis Solingen abziehenden französischen Besatzungstruppen bis nach Frankreich zurücktransportiert werden.

Abwanderung aus der U.S.P.

Auf dem Parteitag der bayerischen Unabhängigen wurde festgestellt, daß durch die Spaltung der Partei die Mitgliederzahl von 42.000 auf 16.000 zurückgegangen ist.

Die Einnahme des Reichs durch die Eisenbahn.

Berlin, 17. Mai. Amlich wird mitgeteilt: In einer Uebersicht über die Reichseinnahmen im Rechnungsjahr 1920 findet sich die Bemerkung (vergl. D.N.Z. 230), die Einnahmen der Reichseisenbahnen seien um über eine Milliarde hinter dem Vorschlag zurückgeblieben. Die finanzielle Lage der Eisenbahnen sei hierdurch um so erschwerter betroffen, als auch der Ankauf den Vorschlag bedeutend übersteigere. Diese Angaben sind unzutreffend. Nach dem vorläufigen Einnahmeverricht sind die Einnahmen um mehr als zwei Milliarden höher als in dem gesetzlich festgesetzten Hauptetat geschätzt worden war. Allerdings werden diese Mehrerlöse in der Hauptsache wieder aufgewendet durch die Mehrausgaben, die aus der endgültigen Regelung der Bezüge des Personals entstehen. Insgesamt tritt aber eine Erhöhung des Nettobetrags der Reichseisenbahn, wie er Anfangs 1920 vorgelesen war, nicht ein.

Vertretertag der D. d. P.

Stuttgart, 17. Mai. Am 22. Mai hält die D. d. P. Württemberg und Hohenzollern in der Lederhalle hier einen Vertretertag ab, bei dem Staatspräsident Dr. Hebrich und Conrad Hanfmann über das Ultimatum, Sprengung und Regierungsbildung und Dr. Kehr über auswärtige Politik und Demokratie sprechen werden.

Gehaltsforderungen im Saargebiet.

Saarbrücken, 17. Mai. Die Angestelltenverbände des Saargebietes haben heute beim Schlichter für Handel und Gewerbe eine einmütige Wirtschaftsbeihilfe und eine allgemeine den Verhältnissen entsprechende Gehaltsverhöhung gefordert.

Edelmetallschiebung.

Berlin, 17. Mai. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Buer in Westfalen meldet, wurde durch die Polizei eine großangelegte Edelmetallschiebung aufgebrochen. Mehrere Personen, die im Besitz waren, bedeutende Mengen Gold und Silber über die Grenze zu schaffen, wurden verhaftet.

Anfall.

Berlin, 17. Mai. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß der Fliegeroberleutnant Erich Fries aus Jülich, Sohn des Oberleutnants Fries in Augsburg, in einem Anfall von Mordlust bei dem Bergkronenhotel in Oberdorf (Mgda) tödlich abgestürzt ist.

Oberschlesien.

Ein Regierungserlaß.

Berlin, 18. Mai. (Kupisch.) Die Rat der bedrängten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Willen wachgerufen, den schwergeprüften Brüdern in Oberschlesien beizustehen. So großes Verständnis die Regierung für diese Empfindungen und die große Erregung der Bevölkerung hat, so stark muß sie den Bestrebungen entgegenwirken, die darauf abzielen, durch Anwerbung und Bildung von Freiwilligen-Verbänden, Freikorps usw. den bedrängten Oberschlesien aus anderen Teilen des Reichs selbstständig zu Hilfe kommen zu lassen. Hierdurch werden die zur Verteidigung der deutschen Interessen in Oberschlesien von der Reichsregierung eingeleiteten Schritte nicht gefördert, sondern gescheitert. Die Reichsregierung macht mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam, daß solche Anwerbungen und Zusammenstellungen zu militärischen Verbänden den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen und daß Zwangsmaßnahmen mit Strafe bedroht sind.

Die englisch-französische Auseinandersetzung.

London, 18. Mai. Von einer Krise in der englisch-französischen Allianz, kann keine Rede sein. Eine Krise kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil Briand ausdrücklich anerkennt, daß Lloyd George durchaus nicht Deutschland aufgefodert oder ermuntert hat, zur Selbsthilfe zu greifen. Die Rede Lloyd Georges war vorwiegend an Frankreich gerichtet und hätte nicht diesen Sturm erregt, wenn sie nicht erklärt hätte, daß man in London französische Stellen für nichtig hält. Deutschland würde natürlich durch eine unautorisierte Selbsthilfe sehr Unterstützung Londons gegen Paris empfinden. Die Pariser Drohung, in einem solchen Fall das Ruhrgebiet zu besetzen, wird hier ernst genommen.

Die Vermutung, daß Briand die Angelegenheit sehr unvernünftig ist, zumal seine Stellung, die hier als gefährdet angesehen wird, dadurch noch mehr erschwert ist, dürfte von den maßgebenden Stellen geteilt werden. Hoffentlich gerät die zum Wochenende beabsichtigte Aussprache mit Lloyd George nicht unter den Einfluß der Pariser Innenpolitik. Uebrigens darf die Haltung Englands nicht in dem Sinne verstanden werden, daß Deutschland etwa ein ungeteiltes Oberschlesien behalten solle. Der Kampf betrifft lediglich das Industriegebiet, welches Polen entgegen dem Abstimmungsresultat für sich einstecken will.

Auf der Suche nach der Lösung der Frage.

London, 18. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des „Morning Standard“ schreibt, die französische und englische Regierung arbeiten gemeinsam auf ein Uebereinkommen hin, das vielleicht zu einer Lösung der ober-schlesischen Frage führen werde. Briand werde am Donnerstag in der französischen Kammer eine hochbedeutende Erklärung abgeben und werde in dauernder Fühlung mit Lloyd George, Curzon und dem Vorkurs stehen.

Der englische Vorschlag?

München, 18. Mai. Die Münchener-Augsburger Abendzeitung will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, es sei noch nie vor zu erwarten, daß der englische Vorschlag das Abschluß des Entgegenkommens darstelle. Der Vorschlag lautet: Das linke Oberufer an Deutschland, Pleß und Rybnitz

an Polen, das eigentliche Industriegebiet unter internationale Verwaltung.

Entscheidung durch den Völkerbund?

Berlin, 18. Mai. „Daily News“ zufolge soll in englischen Kreisen die Absicht bestehen, die endgültige Entscheidung in der ober-schlesischen Frage von dem Völkerbund lösen zu lassen, der zu diesem Zweck sofort einberufen werden soll.

Einberufung des Obersten Rates.

Berlin, 18. Mai. Der Oberste Rat ist einer Sonderberufung zufolge auf kommenden Samstag zu einer Konferenz einberufen worden. Bisher sind noch keine Antworten der dem Obersten Rat angehörenden Regierungen eingegangen. Das einzige Thema der Verhandlungen soll die ober-schlesische Frage bilden. In London wird es als Zeichen der Verständigung zwischen Frankreich und England angesehen, daß die geplante Sonderkonferenz zwischen Lloyd George und Briand nicht vor dem Zusammentritt des Obersten Rates stattfinden wird.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, 19. Mai 1921.

Gemeinderatsitzung. Da sich der das letzte Mal beschlossene 1/2 jährigen Vergebung der im Seelingshaus Polizeibüro eingetragenen Beschlüsse an die Firmen Wohlbold und Widmaier Schwierigkeiten in den Weg gestellt haben, wird die Anlage nun ausschließlich der Firma Widmaier übertragen, unter der Bedingung, daß die Beschlüsse Kupferdruck verwendet und der Fälscher so, wie vom Stadthausamt angeordnet, platziert wird. — Betr. die Verteilung der Bauarbeiten an den Mietshäusern in Galwerstraße ist dem Bericht vom 21. April hinzuzufügen, daß die Arbeiter der Wipfelmung und die Arbeiter der Wipfelmung zugewiesen wurden. Die Zimmermannsarbeiten erhalten Willy Benz, Bürke u. Frey die Schloßarbeiten Röhle und Schwickle und Bauz. — Der Wasserstand im südlichen Reservoir ist nur noch 1,24 Meter hoch. Man vermutet, daß abgesehen von der langen Trockenheit, auch Unachtsamkeit in der Leitung an der rapiden Abnahme der Vorräte schuld ist. Um einer Katastrophe vorzubeugen, wird von heute an bis auf weiteres das Öffnen von Gärten und andern Anlagen mittels Schlauch verboten. Um den Landwirten, Gärtneren usw. genügend Wasser liefern zu können, soll beim „Goldenen Adler“ eine Pumpe aufgestellt werden, mit der aus der Ragold Wasser entnommen werden kann. Den dazu nötigen Motor stellt das Elektrizitätswerk Wohlbold mietweise zur Verfügung. — Die Stadtbauverwaltung für die Verlegung der Straße Ragold-Gartenbach ist eingegangen. — Die Materialkosten für die Ausbesserung dieser weiteren vierziger Straßen sind mit 60.000 Mark für den diesjährigen Etat vorgelesen, während die etwa in gleicher Höhe sich belaufen den Kosten für die Verlegung im nächstjährigen Etat untergebracht werden sollen. — Vom Vorkursamt der Polizei und Realchule geht ein Uebersichtsbericht über das abgelaufene Schuljahr zu. Die wichtigsten Daten derselben sind bereits in Nummer 88 des „Gesellschaftler“ vom 23. April in dem Bericht über die Schulleiter der Real- und Realchule enthalten. Außerdem geht von der Realchule eine Bitte um Erhöhung der Summe für Beschaffung von Lehrmitteln von 800 M auf 1200 M zu. Diese Bitte wird genehmigt. — Ein Erlaß des Oberamts bestimmt, daß die an den Volksschulen bestehende Veranlassung auch für die Seminarschule gelte; die Stadt hat für jeden Schüler derselben einen Beitrag zu zahlen. — Im Juni 68. 38. ist für unsere Stadt ein Rinderpest Milch. Es wird beschlossen, daselbe zwischen Heuel und Ernte, etwa kurz nach dem Aufbruch des Viehs in den Felderhältnissen entsprechender Beschäftigung abzuhalten und die für die übliche Beschäftigung der Schulkinder nötigen Gelder teilweise durch Versteuerung der an diesem Tag in Tätigkeit befindlichen Lustbarkeitsbetriebe wie Karussells usw. aufzubringen. — Dem Oberamt wird auf Verlangen mitgeteilt, daß der Gemeinderat vorerst noch ein Interesse am Fortbestehen dieser Einrichtung hat, aber bis zum Herbst aufgehoben werden kann. Die Milchsammlung wird im Juni zunächst fortgesetzt; wer bei Privaten Milch bezieht, muß dies mitteilen, damit er in den Listen der Sammelstelle gezeichnet werden kann. — Einer der der Stadt gehörenden Oefen soll im Ausschick und ein Fahren im Submissionsweg, beide wegen Unbeschlichkeit, verkauft werden. Näheres im Angelegenheit des „Gesellschaftler“. — Die Stadt hat aus dem Verkauf von Restholz einen Erlös von 2934 M erzielt. — Der Fußballverband des Tsg und Rhingaus laßt den Gemeinderat zu dem am Sonntag, 22. Mai auf dem Sportplatz Eibers statfindenden Werbespielen ein. — Bei bargelegten Ausgehungen der Stadt (Postamtsleitung, Postisch) kann in Zukunft auf eine Danksagung verzichtet werden, wenn der Betrag nicht 20.000 Mark übersteigt. Die Höchstgrenze bei Zahlungen der Armenpflege ist 5000 M. — Für ein erkranktes Mitglied der Steuerbehörde wird Gemeinderat Räder als Erbsmann gewählt. — Der Gemeinderat schließt sich dem Gemeindefestlichkeitsverband, der auf dem Markt, Stadtrat ins Leben gerufen wurde, an.

Das gestrige Gewitter. Endlich ist gestern ein Gewitter mit einem spärlichen Tropfen Regen über unsere Gegend niedergegangen. Nun, es war aber auch höchste Zeit. Die Stadtverwaltung hat sich bereits wegen der mangelnden Vorräte unserer Reservierte zu einer Einschränkung in der Wasserabgabe entschließen müssen. Obgleich die elektrische Entladung keine unbedeutende war, so ist doch gänzlich weiß nicht davon bekannt, daß es irgendwo eingeschlagen hätte. Keine Nacht ist infolge des Niederschlags eine kleinliche Abkühlung eingetreten; es steht aber wohl zu erwarten, daß sie in Folge wieder einer wärmeren Temperatur Wied. macht.

Ref.-Inf. Rgt. 246. Am Sonntag 29. Mai findet die Einweihung des Gedenksteins für die gefallenen Kameraden des Regiments in Eßlingen statt. Dies soll zugleich eine Gedenksammlung für die Kameraden 246er sein. Programme zu feier sind vom 9 Uhr ab am Bahnhof in Eßlingen zu erhalten. Zusammenkunft um 10 Uhr am Marktplatz. Quartiermänner sind bis spätestens 24. Mai an Herrn S. Dreißinger in Eßlingen, Panoramastraße 12 zu richten. Bis jetzt sind schon sehr viele Anmeldungen erfolgt und wäre zu wünschen, daß auch noch die anderen Kameraden sich zu dieser

Frier einfl...
dann in...
Kameraden...
viele Mite...
halb von...
angulegen...
durch sein...
* Rab...
die Nachtr...
nat durch...
dann nach...
Werke des...
dieser M...
vor, gele...
* Di...
ber 1918 (...
Jahlung...
werden m...
bank einge...
sicht end...
eigenen J...
erinnert...
* Aus...
nid, hat...
Eingang r...
relativ k...
haben sch...
arbeiten...
frage nach...
Sonderber...
* Ent...
im abid...
wenigen W...
gehen ist...
gänger, so...
kann, für...
* La...
Zigaretten...
steuer für...
Einfuhr...
werden im...
17. F...
4 und 5...
1921). 3...
21747, 2...
21449, 1...
21604, 2...
174807, 1...
189247, 1...
195 Gemin...
A auf M...
177648 17...
auf 17282...
21191, 2...
* Di...
angul...
blatts an...
daß die...
Sant...
schichten...
eröffnet...
genossen...
bestimm...
zu über...
Staatspr...
lungen f...
sprach er...
vor seine...
nächste...
Klein der...
der auch...
geschied...
gebaut u...
Di...
Der...
zusammen...
endigt...
stands n...
lichen W...
juridisch...
arme...
Wegen...
percht...
die Land...
teilung...
haben, y...
Kis Ma...
gewicht...
W i t t...
jezt 110...
dem wä...
kleiner...
* R...
das heur...
er, daß...
ner und...
* A...
hat Stot...
neues W...
nehmen...
W...
Wode...
Schon w...
Hoffein...
Prengm...
von eine...
werden...
den eine...
desen 2...
die Wof...
derselbe...
merfian...

Ämtliche Bekanntmachung.
 Die Maul- und Klauenseuche ist in Lengeloch Gemeinde Ueberberg erneut ausgebrochen und zwar in dem Gehöft des Adam Raimbold (Wirtinshaus).
 Sperrbezirk: Die ganze Pargelle Lengeloch.
 Beobachtungsgebiet: Der übrige Teil der Gemeinde Ueberberg, sowie Beuren, Eimannshausen, Altensteig-Dorf und Altensteig-Stadt.
 In den Umkreis von 15 Km. um den Seuchenort werden die gleichen Gemeinden wie beim ersten Seuchenausbruch einbezogen.
 Im übrigen sind dieselben Maßregeln wie beim früheren Seuchenausbruch angeordnet.
 Nagold, den 18. Mai 1921. Oberamt: M. u. z.

Oberamtsstadt Nagold.
Bekanntmachung.
 Der Wasserstand in dem städtischen Hochreservoir ist in den letzten Tagen wieder zurückgegangen, daß man genötigt ist, das gesamte Leitungsnetz über die Nacht von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr abzuschließen.
 Die Wasserabnehmer werden im gegenseitigen Interesse ersucht, mit der Wassernutzung sparsam zu verfahren. Das Begießen der Gärten etc. mit dem Schlauch wird bis zur Behebung der Reserviert verboten.
 Das bei geschlossenem Hahnen wahrzunehmende Geräusch, welches letzteres auf einen Defekt in der Leitung schließen läßt, ist dem Stadtbauamt unverzüglich anzuzeigen.
 Den 18. Mai 1921. Stadtsch.-Amt: Maier.

Stadtgemeinde Nagold.
Stockholz=Verkauf.
 Am Freitag, 20. Mai 1921 aus Distrikt Mitterberge, Abteilung Kandelholz und Ochsenhohlfeld; Distrikt Bühl, Abteilung Sandacker:
Anbereitete Kandelholz=Stockholz: 100 Km.
 Zusammenkunft nachmittags 2 Uhr auf der Straße Nagold-Dorrenberg beim Unterreitinger Wegweiser.
 2337 Städt. Forstverwaltung.

Schlachtfarren = Verkauf.
 Die Stadtgemeinde Nagold verkauft einen zum Dienst nicht mehr geeigneten, 5 jähr., ca. 19 Ztr. schweren Farren. Schriftl. Angebote hierauf für den 31. Lebensgewicht sind spätestens bis Mittwoch, 25. Mai mittags 12 Uhr in verschl. Beschlusschlag mit entspr. Aufschrift bei der Stadtpflege einzureichen, wofür die Verkaufsbedingungen zur Einsichtnahme aufhängen.
 2340

Verkauf eines Ochsen.
 Die Stadtgemeinde Nagold bringt am nächsten Mittwoch 25. ds. Mts. mittags 1 Uhr im Farcendhof einen einjährigen Ochsen, zum Zug besonders geeignet und in jeder Hinsicht empfehlenswert, im öffentl. Ausschreib. zum Verkauf, wozu Kaufinteressenten eingeladen sind.
 2333 Stadtpflege: Benz.

Ettmannshausen.
 Die Gemeinde sucht einen sprunghübschen etwa 16 Monate alten
Zuchtfarren
 zu kaufen. Angebote sind zu richten an das
Schultheißenamt.

Winderbach.
 Verkauf ein Paar starke, ange-
 wöhnliche
Zugtiere,
 (siehe dieselben auch einzeln ab) sowie einen
Grasmäher mit Getreideablage.
 Gottlob Borkhart.

Pferdverkauf
 am nächst. Samstag morgens 8 Uhr auf der Stadtplatz-Rangier in Nagold. 2327

Lehrverträge
 bei G. W. Laiser, Nagold.

Wittmannshausen fertigt G. W. Jafer
 Nagold. 2330
 Ein gebrauchtes
Harmonium
 zu verkaufen.
 Wo? laut die Geschäftsstelle des Blattes.

Eisbergsporplatz
F. C. Nagold e. V.
Werbelag
 für das
Nagoldtal

Sonntag den 22. Mai 1921
 1/2 11 Uhr vorm. Vortrag von Herrn Gymnasiallehrer Studer Pforzheim über sportliche Topelknoten (Spieplöcher) in der „Traube“.
 1 Uhr nachm. Jugendspiel: Nagold = Pforzheim.
 2 Uhr nachm. Werbelag: F. C. Nagold I = „A“-Klasse Eng. Pfinggen (Auswahlmannschaft). 2326
 Siedlerischer Fußballverband e. V. Eng. und Pfinggen.
 Zur Deckung der Unkosten wird ein mäßiges Eintrittsgeld auf dem Sportplatz erhoben.

Nagold.
Freiwillige Feuerwehr.
 Wegen des Dreieinigkeitsfestes wird die
Übung der I. u. II. Comp.
 auf Samstag den 21. Mai verlegt.
 Eintreten abends 6 Uhr beim Wagon in der Durgstraße. 2310
Das Kommando.

Legte diesjährige
Kalkausnahme
 am Freitag, den 20. ds. Mts.
 2315 **Ziegelhütte Rotfelden.**

Verkauf morgen Freitag vormittag einige erstklassige, trüchtige

Kalbinnen
 und eine gute 2344
Nutz- u. Schaffkuh.
 Chr. Gängele, Viehhändler, Nagold.

Nagold.
Vieh=Verkauf.
 Morgen Freitag von früh 7 Uhr ab, haben wir wieder in unserer Stallung im „Schwarzen Adler“ in Nagold einen frischen, großen Transport schöne, hochtrüchtige


Kalbinnen
 sowie schön ed
Jungvieh
 zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Zuschlaggeber einladen. 2318
Rahn & Lassar
 aus Baiingen.

Einem Wurf 2342

Milchschweine
 verkauft
 Samstag vormittag
 Chr. Maish, Landwirt
 Nagold 2342

Kluge Frauen!
 trinken mit Erfolg Benediktentee. Zu haben bei:
 Gebr. Beuz, Löwen-Drog.

Laut Verordnung des Reichskohlenkommissars
 ist dem Grudekoks jede nur mögliche Bezugsvereinfachung evtl. völlige Freigabe zu gewähren. Von der vollkommensten Art der Grudefeuerer handelt der
Vortrag
 von Frau Dr. Torge und Herrn Hilken über 2338
„Rieschels Patent-Wellsieb-Grudeherd — die Feuerer und Heizung der Zukunft“
 der am 20. ds. Mts., nachm. 4 Uhr, im „Sternensaal“ in Freudenstadt stattfindet. — An den Vortrag anschließend:
Prakt. Vorführungen mit Probekochen, Braten u. Backen
 Eintritt frei! Niemand versäume diese interessante Darbietung! Eintritt frei!
Friedrich Stock z. „Linde“ Freudenstadt.

2334 Nagold, den 18. Mai 1921.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche mir während der Krankheit und beim Abscheiden meines lieben Gatten, unseres treuherzigen Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders und Schwagers
Jakob Killinger
 Bahnwärter a. D.
 erfahren durften, für die zahlreiche Beileidbesprechung von hier und außerhalb, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, besonders für die gute Pflege der Krankenschwestern, die ehrenvolle Nachrufe der Obmannschaft Gänbringen, Firma Gebrüder Thurner sowie der Arbeiterkassette für Kranke überlegen, für den erhabenen Betrag des Ver. Väter- und Söhnenvereins sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
 die tiefgebeugte Witwe
Friederike Killinger geb. Huber.

Forstamt Wildberg
 Samstag 21. Mai 6 Uhr
 abds. vor dem Tor des Kletterholzes Verkauf des Waldgrofens u. Verbindung des Spaltens u. Einbringen von 6 Km. buch. Kandelholz. 2318

Kaufmännische Lehrstelle
 offen
 für gutenprohlenen jungen Mann bei 2332
Johs. Schöttle & Cie.
 Ebhausen.

Stellung.
 Fr. Holder.
 Eine trüchtige
Kalbin
 verkauft. 2339
 D. D.

18 junge Entchen
 verkauft
 Friedr. Köhler
 Bauer.

Schöne 2331
Tabak, Tomaten- u. Gurkenpflanzen
 empfiehlt
Gärtnerei Schuster Nagold.


Schleifen u. Reparaturen sämtl. Stahlwaren.
 St. Köhler, Altkönig
 W. (Schmied- und Schmiedereier).

Annahmestelle in Nagold:
B. Maier
 bei Frau Olga Wirtkalt
 2312 g. Rad, Calwerstr.

Weißer Mull
 4 Mtr. Mh. 15.—
 Waschbar u. sehrbarres glattes Gewebe. — Für Vorhänge u. Baby-Wäsche etc. ca. 4 m lang und ca. 1 m breit 2315
 Neuwärts Radnahme- Bedienung nicht unter zwei Stück. Porto u. Spesenberechnung 3.50.
Sanitätskassens
Hühmann
 Heidelberg, Hauptstr. 149
 Telefon 716.

Er. 114
 Wilhelm
 Das Stimm
 Der III. S
 rungen“ darf
 angelegentlich
 Behrsten Will
 hindert aber i
 neutralen Aus
 öffentlich wer
 der nachfolgen
 haben:
 In dem
 zwischen dem
 Epistler, zu d
 junge Frau i
 auf 1888 gew
 tieferen Reibun
 meckenswerten,
 die in den sp
 Range vieler
 Robert über
 und der hoch
 Reiches zuwe
 nach mocht
 erken wie des
 Stimmard selb
 Wilhelm gew
 Gebanten un
 die Anstimmun
 in die Worte
 den werden
 Das eine
 die Berliner
 als diesen Oct
 1887 einen o
 Ranzler abge
 der jehnen M
 hält die Min
 jst für den
 lichen Wogoo
 pringen, eine
 Bundesländer
 übergeben me
 Kaiser bei die
 der Hand be
 ergeben.
 Die Kaffe
 ordnung des
 einlaube, in
 Preisen des
 Gewalt geht
 der Begründu
 spielt hat, an
 ten Herrscher
 veranlassen we
 keinen Vorwur
 unter einen
 Grund muß
 von Gutes
 selbstvertrü
 so, daß sie le
 ten. Dabei
 Beklams dur
 die Proklam
 legt und im
 bei welchen
 übergeben m
 iven im Reich
 mit jedem od
 Remandtsche
 eine miltlich
 austausches